

Bündnis 90 / Die Grünen
c/o Hartmut Wauer, Fliederweg 3, 88353 Kißlegg

Deutsche Post AG
Dr. F. Appel
Vorstandsvorsitzender
Charles-de-Gaulle-Str. 20
53113 Bonn

SprecherInnen

MdB Beate Müller-Gemmeke
Reutlingen
Wolfgang Stather
Heidelberg
Hartmut Wauer
Kißlegg

www.gewerkschaftsgruen.de
info@gewerkschaftsgruen.de

2. Juli 2015

Auslagerung in die DHL Delivery GmbH

Sehr geehrter Herr Appel, sehr geehrter Herr Brinks,

wir wenden uns an Sie, weil wir uns mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen der Post AG solidarisieren und ihre Forderungen uneingeschränkt unterstützen. Die Lohnkürzung von 17,70 Euro im Haustarifvertrag auf durchschnittlich 13 Euro in den Regionalgesellschaften ist unakzeptabel. Ihre Behauptung, dass Regionalgesellschaften mit geringerer Bezahlung unverzichtbar seien, entbehrt jeglicher gesellschaftlich verantwortbaren Begründung.

Die Deutsche Post AG hat fast 3 Milliarden Euro erwirtschaftet. Dennoch wird jetzt ohne wirtschaftliche Not mit dieser Auslagerung Vertragsbruch und Tariffucht in großem Stil begangen. Sie haben diesen Schritt von langer Hand vorbereitet, indem Sie Tausende von befristet Beschäftigten eingestellt haben und die jetzt in die Regionalgesellschaften gedrängt werden nach dem Motto: Gleiche Arbeit für bis zu 30% abgesenktem Lohn oder Arbeitslosigkeit. Das ist ganz schlechter Stil und eines Unternehmens nicht würdig, von dem die Gesellschaft soziale Verantwortung verlangen kann, auch weil die Bundesrepublik Deutschland an der Deutschen Post AG mit 21% beteiligt ist.

Das Geschäftsmodell „Gewinne, Dividende und Vorstandsvergütung steigen, Löhne werden gesenkt!“ darf keine Zukunft haben.

Außerdem kritisieren wir das Vorgehen der Deutschen Post AG beim laufenden Arbeitskampf aufs Schärfste. Ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz und mit allen Mitteln wird versucht, den Streik zu neutralisieren – durch den Einsatz von Beamten als Streikbrecher, mit Werkverträgen, Leiharbeitskräften und rechtswidriger Sonntagsarbeit. Das ist unanständig und auch nicht demokratisch.

Die Deutsche Post AG muss endlich wieder auf eine nachhaltige Unternehmenspolitik setzen. Wichtig sind nicht steigende Dividenden, sondern ein guter und verlässlicher Service und ein gutes Image durch engagierte Beschäftigte. Die Post muss wieder zu einem fairen Umgang mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften zurückfinden und ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Alles andere ist nicht akzeptabel.

Kehren Sie an den Verhandlungstisch zurück und übernehmen Sie Verantwortung nicht nur für Ihre Aktionäre, sondern für diejenigen, die den Gewinn erarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Beate Müller-Gemmeke, Wolfgang Stather und Hartmut Wauer
(SprecherInnen von GewerkschaftsGrün)